

Russische



Zeitung

10 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Mit Kurzzeitel

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Verlagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag Ullstein, Oberredakteur: Georg Bernward, Verantw. Redakteur: in Ausw. d. Reichsleitung: Carl Mühsel, Berlin. Ullstein-Verlag, Mannheim. Abdrucke werden nur nachdruckfähig. Vers. Berlin. Postamt.

Erscheinung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Paragrafen-Zentrale Ullstein: Am Dönhofsplatz (A 7) 3600-3608, für den Paragrafen-Abt. Dönhofsplatz 3600-3608. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postabrechnungskonto Berlin 600.

Warum hat Hindenburg eingegriffen?

Aus Kreisen der Oberleitung wird die „Russische Zeitung“ geschrieben:

Der aufmerksam den politischen Kampf für und gegen den Young-Plan verfolgt hat und bemerkt gewesen ist, sich nicht persönlich mit hineinziehen zu lassen, dem muß das sehr klugen, wenn er nicht, wie maßlos leidend, sich nicht mit dem persönlichen Beengungsinne des Gegners verknüpfen wird. Ich glaube nicht zu viel zu sagen: unter dem Einflusse des alten Reichspräsidenten, bedroht hauptsächlich durch seinen unwilligen § 4 des Gesetzes, den man kurz vor Ausbruch des Weltkrieges als „Hindenburg in ihrem Augenblick politischer Weisheit“ bezeichnet hat, das Wort ergreifen hat und § 4 des Gesetzes, das seitdem die große Tat seiner Präsidentschaft, denn er hat es in vollem Bewußtsein getan, daß seine Tat auf der Seite der Befürworter des Young-Plans verurteilt werden würde. Ganz bestimmt wird er nicht, das heißt, daß unter Hindenburg politisch so unentscheidbar, daß es einer solchen Auslegung dieses § 4 durch seine Umgebung „zum Opfer gefallen wäre“. Sein, in seiner höchsten Staatsräson, er mußte § 4 nicht, wie verurteilt dieser § 4 ist, auszuwirken muß. Der Paragraf sollte doch „nur für die Zukunft“, heißt es in der Sprache der Befürworter des Gesetzes. Obgleich, haben denn die Männer, die den § 4 auch jetzt noch zu retten suchen, sich einmal für gemacht, daß diese innere Einstellung nicht, sich nicht, wenn der Young-Plan über ihn noch lang unterzeichnet wird? Also alle die Minister, die in dieser Hinsicht für die Welt und Vaterland, den Young-Plan unterstützen werden, können demgegenüber, oder in der Überzeugung, unter den gegenwärtigen Umständen nicht anders handeln zu können, alle diese Minister sind und bleiben „Landesverräter“!

Fühlen denn die Befürworter des § 4 nicht, die verurteilt die Güte ist nicht durch diesen seltsamen Zusammenhang, auch mit der Klausel, er sollte ja nur für die Zukunft? Und wenn Hindenburg persönlich, ganz gegen seine ursprüngliche Absicht, eingegriffen hat, so hat er es getan, nicht er erklärte, in der folgenden Sitzung, daß ein solcher Eingriff nicht, er ist eines deutschen Mannes unwürdig, einen politischen Gegner, der doch auch noch diesem Lande und seinem Volk, einen ausdauernswürdigen Landesverräter zu nennen. Und für diese klare und unmissverständliche höchsten Reichspräsidenten, ist unter dieser tiefsten Dank gebührt! Dr. Tschok

Übermals Rückgang der Eintragungen

Die Zahl der Eintragungen für das Volksregister hat am Montag wieder eine starke Abnahme verzeichnet. In Berlin sind gestern 15.000 Eintragungen erfolgt, so daß die Gesamtzahl nach sechs Tagen 108.834 betrug.

In Frankfurt a. M. haben sich am Montag nur 234 Bürger eingetragen.

In Offenbach sind die Montag im ganzen 197 Eintragungen gezeichnet worden, in Bensheim 119, in Friedberg 37, in Bad Nomburg 110. Die geringste Zahl an Volksregister-Einträgen ist nach wie vor im 93. Kreis zu verzeichnen.

Die Tagespresse ist auf noch recht lebhaft geworden. Mit einem Mal stellt sie fest, daß man vor vierzehn in den großen Städten mit größtem Widerstande gerundet habe. Aber in den Kleinstädten und auf dem ländlichen Raum... Triumphe sind wieder herbeigeführt, das „Lager in Göttingen“ die erforderlichen 10 Prozent aller Stimmberechtigten erreicht worden sind. Das gleiche wird von einigen ungewissen kleinen Gemeinden berichtet. Zunächst wird auf dem ländlichen Raume, namentlich in Bayern, von nationalistischen Unterführern mit dem Mitteln des wirtschaftlichen Terrrors gearbeitet. Die Parteiarbeiter werden unter Androhung der Entlassung gezwungen, sich in die Listen einzuschreiben. Aber auch in den Kleinstädten erproben die Parteien den ungewissen noch Dundertausenden stehenden Anfall in den Städten wird weitausgehen können, kann man in Ruhe abwarten.

In dem Göttinger Sonderbericht erklärte der Stadtverordneter Dr. Cismann (Braunschweig) nach einem Bericht der „Rheinischen Zeitung“, bei einer Rede: „Der kleine Stadtteil, nicht in die Liste für die Volksregister einzutragen, ist ein nationaler Kampf. Wer werden die Listen daraufhin durchgehen, und wenn wir einmal aus Ruder kommen, werden wir jeden rücksichtslos an Reichenschaft ziehen.“

Termin in Leipzig Die Klage beim Staatsgerichtshof

Die Klage der deutschnationalen Landtagsfraktion Preußens, der sich der „Reichsausschuß für das Volksbegehren“ angeschlossen hat, steht heute zur Verhandlung vor dem Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich. Den Vorsitz führt Reichsgerichtspräsident Dr. Baumh. Der Gerichtshof wird außerdem gebildet durch die Reichsgerichtspräsidenten, Spemann und Schmidt sowie den Oberverwaltungsgerichtspräsidenten Großhufen (Braun), Lauenburger (Barnen) und Otto (Görlitz). Die deutschnationalen Landtagsfraktion klagt gegen die preussische Regierung auf Unterlassung von Handlungen und amtlichen Verfügungen, durch die Beamte vor der Teilnahme am Volksbegehren gemacht werden, und verlangt eine „einwillige Verfügung“ in diesem Sinne. Die Verhandlung begann um 11 Uhr vormittags. Der Vertreter der preussischen Regierung, Dr. Badi, behauptet die Zuständigkeit des Staatsgerichtshofs, da es sich nicht um einen Verfassungswiderspruch im Sinne des Artikels 19 der Reichsverfassung handle. Im übrigen liege die Geschäftsbearbeitung des Staatsgerichtshofs in der Wirkung bestimmter Fristen vor, die zwischen Antragstellung und Hauptverhandlung zwei Wochen betragen müssen. Der Antrag auf Erlass einer „einwilligen Verfügung“ ist ein Besondere, hinter dem sich das Verlangen nach sofortiger materieller Entscheidung verbirgt. Die Schaffung eines Fragebogensfalls muß vermieden werden, der hinsichtlich jedem Interessenten die Möglichkeit ließe, die aus zwingenden Gründen geschlossene Geschäftsabgrenzung über die Fristen außer Kraft zu setzen. Der Vertreter der klagenden Partei, Dr. Seemann, geht davon aus, daß die Klage auf Erlass einer Verfügung der materiellen Entscheidung abgeben, bestrebt aber auf sofortigen Gewährung hinsichtlich der einwilligen Verfügung. Durch Gerichtsbescheid wurde der Nachlass des Reichsausschusses an die deutschnationalen Fraktionen zugewiesen, wobei als Beschlagnahmebeständen innerhalb eines Monats nur solche Klagen einreichen, die zwischen diesem und dem nächsten Einreichungsdatum über das Reichsausschluß aber mit seiner Organisation über das Land Preußen hinausgriffen. Abgelehnt wurde weiter der preussische Antrag auf Verweisung, und zwar aus der Erwägung heraus, daß die Streitigkeiten in Paragraph 8 für den Erlass einer „einwilligen Verfügung“ keine Geltung hätten. Es solle nurmehr zunächst einmal geprüft werden, ob die Klage eine Beschlagnahmebeständen erforderlich, womit der Weg zu einer Verweisung für den nächsten Section der Verhandlungen nicht verwehrt sein solle. Nach diesem Aufsatze beginnt der Vorsitzende Richter des Staatsgerichtshofs seinen Vortrag.

Befredotoffi schreibt Enthüllungen

Und der „Matin“ veröffentlicht sie

Paris, 22. Oktober / Ullstein-Nachrichtendienst. Der einstige Geschäftsträger der russischen Botschaft in Paris, Befredotoffi, beginnt im „Matin“ eine Artikelserie, in der er die „Skandalgeschichten der letzten Internationalen“ zu enthüllen versucht. Er will bemerken, daß die meisten Äußerungen der russischen Diplomatie niemals mit den offiziellen Erklärungen der großen des roten Kram in Moskau übereinstimmen hätten. Besonders sensationell sind zwei Unterredungen des Verfälschers mit Stalin.

Nach der „Argunungen“ Unterredung Stawroffs aus Paris erzählt Befredotoffi, der damals bei der Botschaft in Tokio arbeitete.

Krise in Paris?

Paris, 22. Oktober / Ullstein-Nachrichtendienst. Kurz vor der heute nachmittags erfolgenden Öffnung der Parlamentssession ist die Kabinettkrise wieder in den Vordergrund getreten, eine der Reichsminister, einer der Vertreter der Rechten im Reichsrat, der auch bei den gestrigen Gesamtsitzungen auf die Seite der extremen Reaktion kandiidiert hat und geschlossen wurde, hat dem Ministerpräsidenten Briand seine Demission angeboten.

Nach den gleichfalls in den Informationen der Verfälscher Stawroffs soll Briand die Demission Ansterios nicht gut finden. Ansterios hat sich gegen den Kabinettminister Briand geäußert, die die Ansterios unermittelliche Kandidatur des Kabinetts unwürdig und überflüssig ist, da die Regierung sofort nach der Beilegung der Sauger Verträge durch das französische Parlament diese demissionen geben werde.

Briand sollte ermordet werden

Paris, 22. Oktober / Ullstein-Nachrichtendienst. Der Attentäter Crapin, der vorgestern durch Revolverkugeln dem Abgeordneten seines Wahlkreises, Dumaine, schwer verletzt hat, hat bei seiner heutigen Vernehmung erklärt, daß er eigentlich ein Attentat gegen den Ministerpräsidenten Briand geplant habe, dessen Durchführung an technischen Schwierigkeiten gescheitert war. Er habe aus patriotischen Motiven gehandelt und wolle durch seine Tat der Defensivpolitik ein Augen schließen, daß die sogenannten Friedenspolitiker Frankreich ins Verderben stürzen.

betragen müssen. Der Antrag auf Erlass einer „einwilligen Verfügung“ ist ein Besondere, hinter dem sich das Verlangen nach sofortiger materieller Entscheidung verbirgt. Die Schaffung eines Fragebogensfalls muß vermieden werden, der hinsichtlich jedem Interessenten die Möglichkeit ließe, die aus zwingenden Gründen geschlossene Geschäftsabgrenzung über die Fristen außer Kraft zu setzen.

Der Vertreter der klagenden Partei, Dr. Seemann, geht davon aus, daß die Klage auf Erlass einer Verfügung der materiellen Entscheidung abgeben, bestrebt aber auf sofortigen Gewährung hinsichtlich der einwilligen Verfügung.

Durch Gerichtsbescheid wurde der Nachlass des Reichsausschusses an die deutschnationalen Fraktionen zugewiesen, wobei als Beschlagnahmebeständen innerhalb eines Monats nur solche Klagen einreichen, die zwischen diesem und dem nächsten Einreichungsdatum über das Reichsausschluß aber mit seiner Organisation über das Land Preußen hinausgriffen. Abgelehnt wurde weiter der preussische Antrag auf Verweisung, und zwar aus der Erwägung heraus, daß die Streitigkeiten in Paragraph 8 für den Erlass einer „einwilligen Verfügung“ keine Geltung hätten. Es solle nurmehr zunächst einmal geprüft werden, ob die Klage eine Beschlagnahmebeständen erforderlich, womit der Weg zu einer Verweisung für den nächsten Section der Verhandlungen nicht verwehrt sein solle.

Nach diesem Aufsatze beginnt der Vorsitzende Richter des Staatsgerichtshofs seinen Vortrag.

den Auftrag, sich über Moskau nach Paris zu begeben, um die Beschlagnahmebeständen zu prüfen. In Moskau hatte er mit Stalin eine erste Unterredung, über die er folgendes mitteilt:

„Es war damals eine Periode großer Aufregung. Man bezieht sich darauf vor, Stawroffs aus dem Zentralkomitee der Partei, auszuscheiden. Stalin arbeitete 16-18 Stunden am Tag. Stawroff empfing er mich und unterhielt sich mit mir über drei Stunden lang. So war nicht möglich, Stawroff in Paris zu halten, erklärte Stalin, und das ist ein schwerer Schlag für uns gewesen. Stawroff hat mich in den Franzosen gut kennengelernt und er hat mich auch als Göttinger, er hat mich als Göttinger, im Westen ein guter Staatsmann zu werden. Er liest das parlamentarische Gesetzbuch und er ist sehr stark darin, die Fragen in den letzten Kombinationen unter den bürgerlichen Parteien zu ziehen. Er hat auch einen großen persönlichen Einfluß in Paris gewonnen und gerade deshalb ist er nach den Kopf des Ministerpräsidenten (Poincaré) und der ganzen französischen Regierung zu. Mit haben wir mehrmals geraten, sich zu mögen, aber er hat uns immer gewarnt, daß es kein anderes Mittel gebe, als die parlamentarische Arbeit. Er hätte bereit das Beispiel des französischen Volksführers Dainanos de Com, der einen noch viel größeren persönlichen Einfluß in französischen Parlament haben er selbst.“

Die Rampe gegen Stawroff, die von den Engländern inspiert war, hätte nicht auf dem Resultat geführt, wenn nicht auch Poincaré die Abreise Stawroffs gestattet hätte. Im übrigen, sehr Stalin fort, ist er Volkskommisariat (an Befredotoffi gemeldet) nicht anders als ein Werkzeuge. Befredotoffi hat in Moskau die Angelegenheiten nicht anders, als Stawroff den Hals umgedreht. So hat er auch die Beschlagnahmebeständen in Paris verschärft und unter Druck hat bisher nicht antworten können. Die Franzosen hatten den Eindruck, daß es um Stawroff nicht halten wollen oder können. Erst Stawroff hat uns die letzten Äußerungen geäußert und hat diese bemerkt. Er hat uns auch mitgeteilt, daß Stawroff einen Bericht über eine Unterredung mit dem französischen Botschafter in Moskau, Herdicke, geführt habe, indem er die Erwägung hinzugefügt, als ob Frankreich die diplomatischen Beziehungen abbrechen sollte, eine Erwägung, die Herdicke niemals ausgesprochen und die der Angabe in allen Punkten erfuhr hatte.

In Stawroff zu retten und um der geglaubten Gefahr des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen entgegenzutreten, brauchen wir ein ungeheures Opfer in der Schuldenfrage. Ich bin überzeugt, daß die Franzosen dieses Angebot annehmen werden. Jetzt aber handelt es sich für uns darum, nicht darauf hinzuzufallen. Wenn die Franzosen doch nicht die Beziehungen abbrechen wollen, haben wir kein Interesse mehr an einem Opfer.









